

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

169 (23.7.1930)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepostete Mittelzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restzeilen-Millimeterpreis 40 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtbezahlung der Anzeigen, bei geringerer Bezahlung und bei Konten ohne Kraft tritt o. Erfüllungsort und Gerichtsstand: 18. Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. über Zahlung 2.20 Mark o. durch die Post 2.60 Mark o. Einzelhefte 15 Pfennig o. Einzelheft 5 Pfennig wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2650 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Volkshaus-Museum: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Boden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Jernstr. 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 169

Karlsruhe, Mittwoch, den 23. Juli 1930

50. Jahrgang

Kampfruf von Otto Wels

Eine Kampfrede vor Berliner Funktionären

Berlin, 22. Juli. (Eig. Meldung.) Vor den Funktionären der Berliner Sozialdemokratie sprach der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Otto Wels am Dienstagabend über „Die Sozialdemokratie und die Auflösung des Reichstages“. Schon lange vor Beginn der Tagung war der Raum bis auf den letzten Platz gefüllt. Wels führte u. a. aus: „Die Auflösung ist eine Auswirkung des sozialen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Der 14. September soll kein Feiertag für eine sozialistisch-kapitalistische Diktatur, sondern ein Ehrentag für die Kämpfer der sozialen Demokratie werden. Neun Millionen Wähler sammelten sich im Mai 1928 um die Sozialdemokratie. Dennoch ist das zu wenig. Dreiundsiebzig Millionen Wähler aus der Arbeiterklasse liefern Moskau nach, mindestens eine Million steht noch im Lager der bürgerlichen Gruppen. Sie müssen wir gewinnen, wenn wir die Mehrheit erlangen wollen und — die Eroberung der Mehrheit ist unser Ziel.“

Im vergangenen Reichstag mußten zwangsläufig Koalitionen eingegangen werden. Nicht der Wahlsieg der Sozialdemokratie allein, sondern nur noch die katastrophale Niederlage der Deutschnationalen schenkte unserem Freunde Herrmann Müller das Amt des Reichskanzlers. Seine Aufgabe war außerordentlich schwer. Das Zentrum sträubte sich gegen die Beifügung an der Koalition, stand vorübergehend ganz abseits und in der Deutschen Volkspartei hatte Stresemann alle Mühe, sich gegen den emigen Krisenmacher Scholz durchzusetzen. Trotzdem hielt sich das Kabinett Müller dreieinhalb Monate, länger als andere Regierungen. Wir brauchen uns der Arbeit des Kabinetts Müller nicht zu schämen. Sehen wir nun zum Reichstag, was Brüning tut. Damals standen 270 000 Bergarbeiter im Streik. Sie wurden durch Reichsmittel unterstützt. Der Arbeitsminister des Zentrums, Siegmund, hat den Streik von Dornhausen genehmigt. Wenn wir uns das überlegen, dann wird uns: Wahlkampf ist auch Gewerkschaftskampf! Die Erhaltung der Reparationslasten ist ein Verdienst des Kabinetts

Müller. Wenn die Prophezei jetzt laudat, laudat dem Youngplan an allem Schuld geben, wenn die Kommunisten die Sonne im Osten aufgehen und durch Schuld der Sozialdemokratie im Westen untergehen leben, wenn Hitler sich wie der Hohenburger Kronprinz, der mit dem Saab an den Hals klopf und klare Wasser quellen läßt, so weisen wir daraufhin, daß auch das Siegerland England schwer unter der Arbeitslosigkeit leidet und daß das reiche Amerika 7 Millionen Arbeitslose hat.

Bei den Führern der Sakentkreuzer handelt es sich fast immer um Leute, bei denen bei der militärischen Musterung gefaßt wurde: Maß 27 über der Brust, Maß 72 über dem Maul. Nebenbei liegen die Dinge bei den Kommunisten. Sie sind gleiche Brüder mit verschiedenen Kapfen.

Das Wort: Mehr Macht dem Reichspräsidenten hat seinen Niederschlag gefunden in dem Hindenburgbrief an Braun, der einen schmerzhaften Eingriff in preussische Regierungsverhältnisse darstellt. Es ist nicht mehr, daß der Kanzler nichts vom Hindenburgbrief gemerkt hat. Richtig ist, daß unter Brüning's Mitwissen, Staatssekretär Büntker an der Abstimmung mitgewirkt hat. Der Aufbruch der Reichsregierung an die Wähler weist von der Wahrheit ab, wenn er sagt, daß der Reichstag die Mittel für den Etat verweigert habe. Die Sozialdemokratie war bereit, die Mittel zu bewilligen, wenn soziale Maßnahmen genommen wurden. Das wollte man nicht. So kam es zum Aufbruch des Reichspräsidenten in die Politik, kam es zur Verlesung der Verfassung unter dem Einfluß von Hindenburg, Brüning und Treutmann. Es ist bedauerlich, Joseph Wirth in dieser Gesellschaft zu sehen, der einst das Wort sprach: „Der Feind steht rechts“ und der jetzt den Verfassungsbruch verteidigt.

Wels schloß: Die Sozialdemokratie ist entschlossen, unter ihren alten roten Fahnen erfolgreich zu kämpfen. Sie will das gleiche Reich aller an allem, was das Leben lebenswert macht. Wir führen unseren Kampf nach den Worten, die in diesem Saale August Bebel ausrief: „Vorwärts, drauf und durch.“

Schluß mit Frick

Weimar, 22. Juli. (Eig. Drabt.) Die Tage der Thüringer Regierung sind nach Verlautbarungen aus der Volkspartei gezählt. Es sollen ernsthafte Bestrebungen im Gange sein, das bisherige Verhältnis zu den Nationalsozialisten nach vor den Reichstagswahlen zu lösen. Wie es heißt, beabsichtigt Volkspartei und Landbund im gegebenen Falle gemeinsam gegen Frick die Konsequenzen zu ziehen.

Die Flucht aus dem Hugenberglager

Leipzig, 22. Juli. (Eig. Drabt.) Die bisherigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp, Dr. Rademacher, Hartmann und Demich, die in Sachsen gewählt waren, haben Hugenberg ihren Austritt aus der deutschnationalen Partei mitgeteilt.

Dr. Dryander aus der DNVP ausgetreten

Der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Dr. Dryander, der den Reichstagswahlkreis Düsseldorf-West vertritt, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt.

Neues bolschewistisches Außenministerium

Moskau, 22. Juli. (Funkdienst.) Aus Moskau wird gemeldet, daß das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion, Tschichserin, auf seine persönliche Bitte hin seines Amtes als Außenkommissar entbunden und Witwinow zu seinem Nachfolger Krejsinski zum ersten und Karagajew zum zweiten Stellvertreter ernannt habe. Die Leitung des Außenkommissariats soll in Zukunft kollektiv erfolgen. Krejsinski, der zur Zeit Bolschewist in Berlin ist, wird schon in aller nächster Zeit nach Moskau zurückkehren. Man betrachtet diese Rückkehr allgemein als Strafverurteilung.

Die Opfer der Tsifun-Katastrophe

TS. Tokio, 22. Juli. Eine offizielle Verlautbarung über die Folgen der letzten Tsifun-Katastrophe gibt folgende Zahlen bekannt: Auf Korea wurden 393 Menschen getötet und 205 verletzt, 1493 Personen werden vermisst. Man nimmt an, daß sie sämtlich umgekommen sind. 8475 Häuser sind zerstört worden.

In Kuschi sind nach einer neuesten offiziellen Mitteilung 82 Personen getötet und 423 verletzt worden, 75 Personen werden vermisst. 16 800 Häuser wurden zerstört, 20 786 beschädigt. 1863 Schiffe sind gesunken.

Eigene Listen des Reichslandbundes

Landvolk und Stadtvolk
BR. Berlin, 22. Juli. (Eigene Meldung.) Wie wir erfahren, wird der Beschluß des Reichslandbundes, eigene Landvolklisten aufzustellen, in bürgerlichen parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten großen Rechte, von deren Bildung in den letzten Tagen so viel die Rede war. Eine Wahlgemeinschaft zwischen Stadt- und Landvolk wird nicht mehr als ausgeschlossen bezeichnet. Die neue Landvolkpartei sollte die christlich-nationalen Bauern und die Gruppe Schiele-Richtofen und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Untergrund fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß die Gruppe der christlich-nationalen Bauern übergeben will. Infolge des Beschlusses des Reichslandbundes gewinnt die Bewegung Bedeutung, zu der sich heute Abend Treutmann, Graf v. Helldorf, Linde, Weidau und andere aufgenommen haben. Für Gewerkschaftler ist die Frage der Aufstellung gemeinsamer Listen für den Wahlkampf ein wichtiger Punkt.

Schwerer Mißbrauch mit dem Artikel 48

Die sächsische Presse fordert von der Reichsregierung an Stelle des Artikels 48, die ein Opfer der Politik des Kabinetts Brüning geworden sind, Notverordnungen zu sehen. Dazu ermahnen und zwar soll eine Notverordnung vorerst den Vollzug der Verhaftung in der Ostmark vorgehen ist, bringen. Mit der Verhaftung ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen. Eine zweite Notverordnung soll die Umschuldung in Angriff nehmen. Hier wird die Regierung wahrscheinlich auf eine alte Entscheidung aus dem Jahre 1928 zurückgreifen. Danach konnte die Reichsregierung Bürgerschaften (?) bis zu 200 Millionen Mark herausschreiben. Die Ermächtigung ist jedoch wegen der bekannten Vermögensverhältnisse der Landesbankzentralen nur bis 110 Millionen Mark ausgedehnt worden. Es bildet sich also noch ein Spielraum von 90 Millionen Mark. Die Regierung wird die Verwendung dieser Mittel auf Grund der bisherigen Verläufe durchzuführen, und von der Gründung neuer Stellen absehen.

Der Reichswahlleiter

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Statthalter des Statistischen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Dr. Wagmann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor des Statistischen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Meisinger, ernannt.

Aus Sachsen

Die in der Dienstaufsicht des sächsischen Landtags angelegte Wahl des Ministerpräsidenten ist wieder ergebnislos verlaufen. Die Sozialdemokraten stimmten 32 Stimmen, den Nationalsozialisten 21 Stimmen, den Nationalsozialisten 21 Stimmen, den Nationalsozialisten 21 Stimmen, den Nationalsozialisten 21 Stimmen. Die Demokraten stimmten für Dr. Kahl. Im Verlauf der Sitzung brachten die Kommunisten und Nationalsozialisten Anträge auf Auflösung des Landtags ein. Der Abg. Dr. (S.) erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht für die Auflösung stimmen werde, da sie nicht beabsichtige, das parlamentarische System durch anbahnende Wahlen diskreditieren zu lassen.

Drama am „Deutschen Eck“

furchtbares Ende der Befreiungsfeier in Koblenz — Pontonbrücke eingestürzt — Bisher 38 Tote

BR. Koblenz, 23. Juli. Nach Abschluß der glänzenden verlaufenen Beleuchtung der Feste Ehrenbreitstein und des Deutschen Eck strömten die Massen, die am Neuenborfer Ufer zu Tausenden versammelt waren, über die schmale Pontonbrücke des Sicherheitshafens Koblenz-Lübel. Als sich etwa 100 Menschen auf der Brücke befanden, brach diese zusammen und sämtliche Personen fielen ins Wasser. Die ins Wasser Gefallenen wurden zum Teil von den niederstürzenden Balken erschlagen, zum Teil von den umstürzenden schweren Pontons unter Wasser gedrückt. Nur einige in der Nähe des Ufers befindliche Personen konnten sich retten, andere wurden herausgeholt. Der größte Teil ertrank.

BR. Koblenz, 23. Juli. Das Unglück am Neuenborfer Eck hat bisher 31 Tote gefordert. Das Bergungswerk ist zur Zeit noch im Gange und man rechnet damit, daß noch mehr Leichen gefunden werden. Die Pontonbrücke befindet sich am Flothafen an der Mosel. Das Wasser ist an dieser Stelle etwa 6 Meter tief. Die Schwere des Unglücks ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß sich in dem mäßigen Winkel die Leute in ihrer Todesangst gegenseitig anklammerten und in die Tiefe rissen. Der Polizeipräsident hat sofort nach Bekanntwerden des Unglücks sämtliche Feierlichkeiten im Bezirk Koblenz absetzen lassen.

Sammlung! Sammlung!

Natürlich gegen die Sozialdemokratie

Die Sammlungsbestrebungen auf der Rechten stehen vor dem Abschluß. Die Westargruppe und die „Volkskonservern“ unter Treutmann haben sich verständigt und werden am Mittwoch als „Volkskonservern Volkspartei“ mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit treten. Die Schiele-Gruppe und die übrigen deutschnationalen Splittler aus der Landwirtschaft stehen als „Landvolkspartei“ mit Unterstützung des Reichslandbundes in den Wahlkampf.

Die Frage, ob diese beiden Gruppen eine Listenverbindung verfolgen, dürfte erst am Mittwoch nach Abschluß der Tagung des Reichslandbundes geklärt werden. Im Vorstand des Reichslandbundes herrschen über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Listenverbindung am Dienstag noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat in einem Schreiben die Demokraten, die Wirtschaftspartei, die Gruppe Westarg und die christlich-nationale Arbeiterpartei zu einer Besprechung eingeladen, in der über eine „Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte“ beraten werden soll. Der Plan ist nicht neu. Er tauchte unmittelbar nach der Geburt der Regierung Brüning auf. Damals war die Rede davon, daß diese Gruppen sich zu einem „Evangelischen Zentrum“ zusammenschließen sollen. Die Absicht war natürlich, ein Gegengewicht gegen die

Sozialdemokratie herzustellen. Damals ist das Projekt daran gescheitert, daß sich in den Reihen der Demokraten heftige Opposition erhob, während die anderen Gruppen sich noch stark genug fühlten, sich aufrecht zu erhalten, wobei jeder auf den Zerfall des anderen spekulierte. Herr Scholz hat sich auf allen Seiten bei diesen Bemühungen ablagen geholt — selbst bei Herrn Mahroun.

Jetzt brennt der Volkspartei das Feuer auf den Nägeln. Die Wahlniederlage in Sachsen ist ein böses Vorzeichen für die kommenden Wahlen. Dazu kommt ein anderes. Die Geldgeber für die Wahl drängen. Sie wollen ihr gutes Geld nicht an hoffnungslose Gruppen hinauswerfen, sondern wollen eine handfeste Zusammenfassung sehen. Was gelten da noch politische Grundzüge, demokratische, liberale, konservative Ideen? Sie degenerieren, wie das deutsche Bürgergut überhaupt. Der Gedanke, eine Promenadenmischung aus Liberalen und Konservativen, Demokraten und Monarchisten herzustellen, ist ein Geständnis des politischen Bankrotts im Geistigen. Es bleibt nur der gemeinsame trübe Wille zur Reaktion, die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie. Sollte wirklich ein solches Monstrum für den Wahlkampf zurecht gebraut werden? Wir glauben vorläufig nicht daran. Jeder politisch denkende Mensch wird erkennen müssen, daß auf dem unfruchtbaren Acker des Bürgerguts keine politischen Früchte mehr zu ernten sind.

Wahlkampf Klassenkampf

Von S. Luffhäuser, M. d. R.

Die Entstehungsgeschichte des Kabinetts Brüning, seine gesetzgebende Tätigkeit und sein diktatorischer Schlußakt vor der Reichstagsauflösung zeigen eine gerade Linie: Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien im rückwärtslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie als der Verfechterin der Arbeiterrechte. Bourgeoise gegen Arbeiterklasse war der Zweck der Bürgerblockidee Brünings und seiner großkapitalistischen Auftraggeber. Arbeiterklasse gegen Bourgeoise wird die Antwort im Wahlkampf sein müssen.

Auch die Absonderung der Hugenberge bei der Schlußentscheidung vor der Auflösung des Parlaments darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dieser historisch bedeutsamen Entscheidung Klasse gegen Klasse gestandene hat. Die Hugenbergpartei wünscht zwar das Tempo zur Errichtung der reinen Kapitalistenrepublik noch rascher, als es Brüning zu beschleunigen in der Lage war. Darum der Kampf bei den bürgerlichen Parteien. Im Ziel sind alle bürgerlichen Parteien einig. Ihr Programm des Antimarkasmus ist nichts anderes, als der Angriff auf das Leben des arbeitenden Volkes.

Der Klassenkampf in Deutschland ist in ein neues Stadium getreten, in dem die parlamentarische Kraftentfaltung der Sozialdemokratie, als der Partei der schaffenden Volksträfte und damit die Verteidigung der Demokratie von ausschlaggebender Bedeutung sein werden. Bereits die Wahlen vom Mai 1928 haben dem Bürgertum gezeigt, daß die Arbeiterklasse das demokratische Wahlrecht als Waffe in ihrem Befreiungskampf zu nutzen weiß. Die Angst des Bürgertums hat seit dem sozialdemokratischen Wahlerfolg vom Mai 1928 ständig zugenommen. Die Demokratie soll nur solange gelten, als die bürgerlichen Parteien ihre sichere Mehrheit im Parlament sehen. Je mehr indes die großen Massen der Werttätigen draußen in Betrieb und Wirtschaft auch dazu übergehen, innerhalb des Parlaments und der demokratischen Staatsgewalt zum entscheidenden und maßgeblichen Faktor zu werden, um so schneller entfernen sich das Unternehmertum und seine politischen Vollzugsorgane im Bürgerblock auch von den Grundlagen der Demokratie. Darum ist in diesem Wahlkampf die soziale Sicherung der Arbeitnehmerhaft vom Schutz der demokratischen Verfassung nicht zu trennen. Das arbeitende Staatsvolk steht gegen die kapitalistischen Haufen von Interessenten, die entschlossen sind, Demokratie und Artikel 48 jeden Augenblick zu verkaufen, sowie sie in der parlamentarischen Minderheit sind.

Der Reichstag ist an der Finanzfrage des Reiches gescheitert, nicht weil ein Mehrheitswille zur Deckung des Defizits gefehlt hätte, sondern weil die innere Lastenverteilung aus dem verlorenen Krieg auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und allen Besitzlosen vorgenommen werden soll. Die Sozialdemokratie war bereit, dem Reiche die erforderlichen Einnahmequellen zu erschließen, wenn andererseits der soziale Verwendungszweck zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft und zur Hilfe für die Massen der Erwerbslosen gewährleistet worden wäre. Es ging seit dem Mai 1928 um den Lohn. Ende 1928 erfolgte von der Nordwestseite Deutschlands der Angriff auf das staatliche Schlichtungswesen, um auf diesem Wege den Lohnabbau betreiben zu können. Die damalige Regierung Müller-Severing-Wißel hat sich schürend vor die ausgesperrten 250 000 Metallarbeiter und Hüttenarbeiter gestellt. Der Angriff war abgeschlagen. Das großindustrielle Unternehmertum richtete von nun ab seine Pfeile auf die nächste staatliche Einrichtung des Lohnschutzes, auf die Arbeitslosenversicherung. Auch hier leistete die Regierung Müller, getragen von Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften, erfolgreichen Widerstand. Bis zum März 1930 blieb die Arbeitslosenversicherung in ihren Leistungen gesichert. Das Unternehmertum sah deshalb in der großen Koalition ein unüberwindliches Hindernis für die Zerklüftung der Arbeitslosenversicherung. Sie mußte gesprengt werden, um freie Bahn zum Abbau der gesamten Sozialversicherung zu gewinnen.

Brüning, der einseitige christlich-soziale Gewerkschaftssekretär, fühlte sich als der starke Mann, den Feldzug gegen Sozialdemokratie und Arbeiterhaft zu führen. Er glaubte die fehlende politische Macht überwinden zu können, da die wachsende Finanznot und Wirtschaftsnot den Boden für Sozialabbau geebnet zu haben schien. Als die Not des Reiches im Juli 1930 am höchsten war, war für ihn, wie er dem Reichstag versicherte, die „große Stunde“ gekommen. Dieser großen Stunde Brünings war im März 1930 eine „schwache Stunde Brünings“ vorausgegangen. Er hatte sich damals der Hugenbergpartei, der Wirtschaftspartei und allen sonstigen großen und kleinen Interessentengruppen mit Haut und Haar verschrieben. Reichslandbund, Reichsverband der deutschen Industrie, Mittelstandsbund, Reichsverband der Arbeiter, in ihren teils widersprüchsvollen Einzelwünschen immer ungetümler. Er wollte es jedem recht machen, bis schließlich das Staats- und Volksinteresse unter taufend egoistischen Einzelforderungen der Kapitalistengruppen völlig verflüchtigt war.

Aus allen Gegenjahren blieb nur ein einheitliches Ziel von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten: Zerklüftung der Sozialversicherung. Hier allein hatte Brüning vollen Erfolg vor Augen. Der soziale Reichstagsausschuß hatte mit Mehrheit den Abbau der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Alle kurzfristig beschäftigten Erwerbslosen sollten nach eingetretener Arbeitslosigkeit nur noch die Sätze der Krisenfürsorge erhalten. Männer und Frauen, die aus sozialer Not zur Doppelarbeit der Familienmitglieder gezwungen sind, sollen bis auf die Hälfte der Unterstützung gekürzt werden. Scharfe Bestimmungen gegen die erwerbstätige Frau sollen sie dem Lohndruck gegen die männlichen Kameraden gefügig machen. Draconische Strafbestimmungen, verlängerte Wartezeit der Ledigen, Ausnahmegeleß gegen die gemeindlichen Fürsorgearbeiter würden sehntausende von Versicherten völlig schutzlos ihrem Erwerbseind überantworten. Teilarbeit, Ausbildungsbeschäftigung, alle sogenannten „geringfügige Beschäftigung“ bis 30 Stunden in der Woche wird „versicherungsfrei“. Jugendliche unter 17 Jahren sind in der zweiten Leistung des sozialen Ausschusses, entgegen dem Beschluß der ersten, aus der Versicherung herausgeworfen worden.

Die Mitharbeit wird zur Regel gemacht, indem die bisherige Mitbestimmung der Selbstverwaltungsgremien aufgehoben ist. In ihrer Häufung bringen die Abbaubestimmungen eine Verwandelung des Rechtsanspruchs der Versicherung der

Armenfürsorge. Was obligatorisch bleibt, ist nur die Beitragsleistung. Um diesen Abbau in der Zukunft fortsetzen zu können, wird die Darlehenspflicht des Reiches eingeschränkt. Auch dieser volksparteiischen Kardinalforderung haben sich Zentrum und Demokraten gebeugt. Der Bürgerblock hat ganze Arbeit geleistet.

In der Arbeitslosenversicherung wurden rund 100 Millionen Mark im Jahre an den notleidenden Erwerbslosen gepart. Die durch Beitragserhöhung eintretende Mehrzahl der Unternehmer wird ausgelassen, indem in der Krankenversicherung eine Einschränkung der Leistungen beschlossen wurde, die weit über das Doppelte dessen beträgt, was die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung beträgt. Auch in der Krankenversicherung ist das von der Regierung Brüning vorgeschlagene Kopfer der Kranken reiflos von der Ausnahmeherrschaft angenommen worden. Die Bezahlung des Krankenscheines und des Medizinischen vermehrt dem Kranken Versicherten, Arzt und Heilmittel in Anspruch zu nehmen. Die Volksgesundheit wird aufs äußerste gefährdet. Allein was schadet es, ist doch alles in allem eine Erparnis der Produktionskosten, eine Erweiterung der Profitrate des Unternehmertums.

Abbau der Sozialversicherung und Duldung, wenn nicht Unterstützung, des Lohnabbaus bilden das letzte Punkt im des Kabinetts Brüning, zu dessen Erfüllung der Artikel 48 angewandt worden ist. Die Wirtschaftskrise soll nichtbraucht werden, das Risiko der Krise auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung erweitert den Spielraum zur Lohnsenkung.

So wird dieser Wahlkampf gegen das Bürgertum zum größten politischen Lohnkampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten Deutschlands. Mag der Reichspräsident auch noch die Arbeitslosenversicherungsneuvelle mit Artikel 48 verurteilen oder mag dieser Kampf im Herbst parlamentarisch geführt werden; das große Unrecht, das der Arbeiterklasse vom Bürgerblock zugefügt worden ist, wird das Maß ihres Widerstandes und ihrer organisatorischen Kraftentfaltung unzerstört steigern, bis die soziale Reaktion und ihr Bannerträger der Bürgerblock überwunden sind. Der 14. September wird in der Entscheidung der Wähler die künftige Raumverteilung im deutschen Volksstaat bestimmen. Schafft Platz für die Arbeit.

Zwei Achtundvierziger



Der alte 48er: „Was ist das?“
Brüning: „Das ist der Ref., den wir Bürgerlichen von 48 bewahrt haben!“

Preußen und das Reich

Gestern mittag fand in der Stadthalle in Koblenz die von der preußischen Regierung veranstaltete Befreiungsfest statt, an der neben dem Ministerpräsidenten Dr. Braun auch der Reichspräsident von Hindenburg und der Reichswehrminister von Guehard teilgenommen haben. Im Verlaufe der Feier nahmen der Oberpräsident der Rheinprovinz, der Oberbürgermeister von Koblenz, Ministerpräsident Dr. Braun, Reichswehrminister von Guehard und Reichspräsident von Hindenburg zu kurzen Ansprachen das Wort, die der Bedeutung der Räumung des Rheinlandes gewidmet waren. Von besonderem Interesse ist eine Stelle aus der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Braun, in der er die Bedeutung Preußens für das Reich scharf hervorhob. Nachdem er den Abwehrkampf der rheinischen Bevölkerung gefeiert hatte, führte er wörtlich aus:

„Aber es gab noch ein Drittes, das für die Abwehr aller Anschläge auf die Verbundenheit dieses Gebiets mit dem Deutschen Reich von entscheidender Bedeutung war. Das ist die Existenz des Preussischen Staatsverbandes. Die Festigkeit eines Gebäudes setzt sich erst, wenn Stürmwinde an ihm rütteln. Die innere Widerstandskraft eines Reiches wird erst sichtbar, wenn seine Grundfesten angegriffen werden. Das haben verheerende Kräfte 1923 verübt. Daß ihnen das nicht gelang, danken wir nicht zum wenigsten dem festen Gefüge des Preussischen Staatsverbandes und der engen Verbundenheit der rheinischen Bevölkerung mit der preussischen Verwallung.“

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat lobend ein warmherziges Bekenntnis der Verbundenheit des Rheinlandes mit Preußen abgelegt. Ich danke ihm dafür.

Wir haben, wie ich mir, aus der hoffentlich für immer hinter uns liegenden Separatistenei die eine bedeutsame innerpolitische Lehre zu ziehen: Der Preussische Staatsverband darf nicht aber gelodert werden, bis wir als einheitlichen Reichsverband etwas völlig Gleichwertiges an seine Stelle zu setzen vermögen.“

Diese Sätze des Ministerpräsidenten besagen wohl, daß eine Vermittlung der bisher vorliegenden Vorschläge zu einer Reichsreform nicht zu denken ist. Auch Braun will

Zur natürlichen Bräunung der Haut setze man vor und nach der Sonnenbäder die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Ledor grünlich ein; man erzielt dann ohne schmerzliche Kratzen eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Ledor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Ledor-Edel-Sette 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. 1166/1245

eine Reform, aber dann wohl nur auf der Grundlage eines einheitlichen Reichsverbandes, die wohl vorläufig und noch nicht zu erreichen ist.

Macdonald vor den internationalen Parlamentariern

London, 22. Juli. (Via. Draht.) Die interparlamentarische Union beendete am Dienstag ihre Arbeiten. Zum Vorsitzenden wurde der Sozialist Buisson, der Präsident der französischen Kammer gewählt. Beisitzer sind Schüding-Deutschland, Latent-Belgien, Melbejn-Dänemark, und Popo-Rumänien.

Am Schluß der Tagung erschien, stürmisch begrüßt, Macdonald um den 500 aus allen Ländern versammelten Parlamentariern Abschiedsrede des englischen Volkes zu übermitteln. In der großen Rede feierte der englische Ministerpräsident die Demokratie und den Frieden als das höchste Gut der Völker und die Basis der Menschheit. Der Frieden sei aber nur zu erhalten durch stetige und fortwährende Internationale, unterstützt durch die soziale Wohlfahrt der Völker und den sozialen Aufstieg der Nation. Es sei ein ökonomisches Gesetz, daß die Wohlfahrt einer Nation sich nicht trennen lasse von der Wohlfahrt aller. In der Abschiedsrede betonte, daß die Lösung der sozialen Probleme international möglich sei. Daraus ergab sich die Notwendigkeit der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit und zugleich die Notwendigkeit der staatlichen Kontrolle des Kapitals. In diesem Sinne hat Macdonald die Anwesenden in ihrer Arbeit und in ihren Parlamenten zu arbeiten, damit die Wohlfahrt der Völker gefördert werde und der Frieden erhalten bleibe.

Die Rede Macdonalds wurde mit tiefem Schweigen von der Versammlung entgegengenommen. Als der Ministerpräsident eintrat, erhob sich der gesamte Kongress und bereitete ihm minutenlang eine stürmische Ovation.

Differenzen innerhalb der Arbeiterpartei

London, 21. Juli. (Via. Draht.) Innerhalb der Unabhängigen Arbeiterpartei ist es jetzt zu ersten Meinungsverschiedenheiten gekommen, die zu einer baldigen Spaltung drängen. Eine Minorität mit Maxton an der Spitze will künftig im Unterhaus unabhängig freiheit, während die Mehrheit in Zukunft die Disziplin der Arbeiterpartei gewahrt wissen und nicht mehr gegen die Regierung stimmen will. Am Freitag sollen in einer gemeinsamen Sitzung Vorstände der Arbeiterpartei und der unabhängigen Parteien Differenzpunkte behandelt werden.

Die Steuermoral in Deutschland

Im Jahre 1929 wurden bei allen Reichsteuern zusammen 11 1/2 Millionen Reichsmark in einer Gesamthöhe von 11 1/2 Millionen Reichsmark. Davon entfielen 1 1/2 Millionen Reichsmark in mehr als 2000 Fällen. Im Jahre 1928 lagen die Verhältnisse ähnlich.

Auf die einzelnen Steuerarten entfallen: bei der Lohnsteuer rund 500 000 Reichsmark festgesetzte Strafen in etwa 3000 Fällen, bei der Einkommensteuer über 7 Millionen Reichsmark in fast 7000 Fällen, bei der Körperschaftsteuer 55 000 Reichsmark in 37 Fällen.

Bei der Umsatzsteuer betrug die Höhe der festgesetzten Strafen 3,4 Millionen Reichsmark in 12 000 Fällen, bei der Erbschaftsteuer 250 000 Reichsmark in 721 Fällen, bei der Erbschaftsteuer 24 000 Reichsmark in 47 Fällen.

Was die Zahl der Straffälle in den einzelnen Landesverwaltungen anlangt, so zeigen sich große Unterschiede. An erster Stelle stand im Jahre 1929 Berlin mit 2700 Straffällen. Im Jahre 1928 mit 2200, Dresden und Stuttgart mit 1000 Straffällen. Am geringsten scheidet das Landesfinanzamt in Hamburg mit 117 Straffällen ab.

Bei den Fällen und Verbrauchsschulden wurden im Jahre 1929 in etwa 13 000 Fällen fast 90 Millionen Reichsmark verhängt. Der weitaus größte Teil von 9300 Fällen mit 16 Millionen Reichsmark Geldstrafen entfiel auf die Fälle. Davon entfielen 4 Millionen Reichsmark in 2000 Fällen erlassen worden. In den übrigen Fällen sind nach wie vor die Strafen beim Erwerb von Immobilien, bei der Erbschaft, bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer verhängt. Bei der Lohnsteuer wurden in 2500 Fällen 5,8 Millionen Reichsmark Geldstrafen verhängt. Bei der Erbschaftsteuer in 231 Fällen 800 000 Reichsmark Geldstrafen.

Schlägereien der Kuppelparteien

Berlin, 22. Juli. Im Vorort Mariendorf kam es in der vergangenen Nacht zu heftigen Kämpfen einer kommunistischen Gruppe mit Nationalsozialisten, die die von den Kommunisten angelegten Zettel wieder abriefen. Im Verlauf des Streites wurden von den Nationalsozialisten mehrere Schüsse abgegeben. Ein Kommunist erlitt eine Kopfverletzung, die keine Verletzung der Unberührbarkeit, die gerade des Tages kamen, leicht verletzte. Die Überfallkommando konnte einige Nationalsozialisten gefangen nehmen.

Mensura, 22. Juli. (Via. Draht.) Am Dienstag nachmittag kam es im Norden der Stadt zu schweren Ausschreitungen zwischen Kommunisten. Im Anschluß an eine kommunistische Demonstration ritten Kommunisten mit Reichsbannerleuten in einen Straßenkampf. Die Kommunisten waren ausgerüstet. Mehrere Kommunisten wurden verletzt. Ein Kommunist wurde von mehreren Nationalsozialisten mit einer Eisenkugel zu Boden geworfen, andere erlitten mehrere Hautschüsse ins Gesicht. Es entstand schließlich eine Menschenansammlung, die gegen die Polizei eine drohende Unberührbarkeit einnahm. Der Polizei blieb nichts anderes übrig, als Anstreifer mit dem Gummistiel zu erwehren. Mehrere Kommunisten wurden festgenommen.

Stettin, 22. Juli. (Via. Draht.) In der Nacht zum Montag wurde hier der frühere kommunistische und letzte nationalsozialistische Arbeiter Max Köhler von Kommunisten verfolgt, in öffentlichen Versammlungen gegen seine frühere Parteimitgliedschaft angenommen hatte.

Die kommunistischen Gegner des Köhler hatten erfahren, daß sich am Montag in einem nationalsozialistischen Lokal auf dem Markt in Stettin ein Treffen abspielen sollte. Köhler war inzwischen in dem Lokal und fuhr in einem Auto zu dem Haus ein. Die Kommunisten verfolgten ihn nach, verjagten ihn aus dem Haus ein und gaben, als ihnen das mißlang, Schüsse durch das Fenster seiner Wohnung ab. Köhler wurde unterdessen in der Nähe seiner Wohnung verhaftet. Als er unter Feuer, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Hauptschüsse, die Köhler traf, konnte verhandelt werden.

Freistaat Baden Zentrum und Gemeindewahlen

Nachdem schon unsere sozialdemokratische Landespartei und auch die liberale Volkspartei auf ihren Tagungen zu den im November d. Js. fälligen allgemeinen Gemeindewahlen Stellung genommen hatten, verammelten sich am letzten Sonntag die kommunalpolitischen Zentrumsleute aus unserem Land im Eintrachtsaal in Karlsruhe, um sich über die Gemeindewahlen auszusprechen. Wohl um der Tagung ein besonders eindrucksvolles Gepräge zu geben, erschienen auf ihr auch kommunalpolitisch nicht tätige, aber umso prominenter Mitglieder der badischen Zentrumspartei, u. a. der Parteichef, Prälat Dr. Schofer, und der Vorsitzende der Landtagsaktion Dr. Baumgartner. Auch die infolge der kurz vorher erfolgten Auflösung des Reichstages nach Baden geschickten Reichstagsabgeordneten Dr. Böhr und Erling waren erschienen, um vor ihren engeren Landsleuten außerhalb der eigentlichen Tagesordnung, ihrem geehrten Herzen Luft zu machen.

Nach der Eröffnung der Tagung durch den Landtagsabgeordneten und Karlsruher Stadtrat Kühn, der auch der Leiter der kommunalpolitischen Vereinigung der badischen Zentrumsleute ist, hielt der Zentrumschef Dr. Schofer eine Begrüßungsansprache an die versammelten Gemeindevorsteher, in der er ausführte, daß im Wahlkampf bei den kommenden Wahlen, in denen wir uns befinden, das Ziel sein müsse: Rettung der Staatsordnung, Rettung des Vaterlandes! Den Forderungen der Revolution gegenüber, womit der Redner wohl Völkische und Kommunisten meinte, aber schärfster Kampf und Abwehr!

Nach dem massiven Ausführungen des Prälaten Dr. Schofer wendeten die Reichstagsabgeordneten Dr. Böhr und Erling über die jüngsten und bekanntesten Ereignisse, die zur Auflösung des Reichstages führten. Aber ihre Sprache war gar nicht so maßvoll, wie die ihres Parteichefs. Bei Dr. Böhr, dem geistlichen Herrn, ist man dies schon gewöhnt, wenn er sich die Sozialdemokraten vornimmt und gegen sie polemisiert. Es sei eine schamlose Lüge, wenn die Sozialdemokraten behaupten, Dr. Brüning habe das Kabinett der großen Koalition zu Fall gebracht. Eine Schande sei es, daß das Ziel der Mittelbeschaffung für die Arbeitslosen durch die Verzinsungslosigkeit der Sozialdemokratie nicht erreicht worden sei. Es erübrigt sich in diesem Zusammenhang, auf die recht vielen Anrempelungen des Herrn Böhr einzugehen. Wir wollten den Volksfreunden nur mitteilen, wie er wieder einmal in seinem wenig vornehmen Ton gegen die Sozialdemokratie polemisiert hat. Mit seinem Wort erwähnt hat Herr Böhr das vernichtende Urteil, das sein eigener Parteifreund, der Reichstagsabgeordnete Schlad über das Kabinett Dr. Brüning gefällt hat.

Herr Erling, der badische Arbeitervertreter des Zentrums im Reichstag, der sich aber bedenklich mehr und mehr nach rechts entwickelt, ergänzte, wie er sich ausdrückte, die Ausführungen seines Reichstagskollegen Dr. Böhr. Wir möchten dazu bemerken, auch in Bezug auf das Geschwätz auf die Sozialdemokratie. Sie treibe demagogische Agitation und lüge mit dem Antrag wegen der Großbesitzsteuer das Volk zu verwirren. Kommt, die zu wenig beachtet sind, daß es sich auch erübrigt, fest in diesem Zusammenhang auf sie einzugehen.

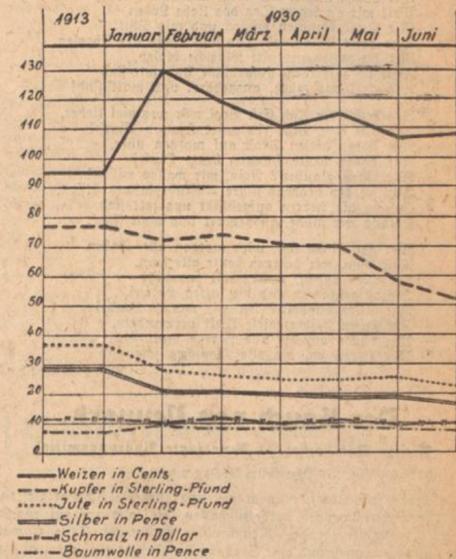
Zum eigentlichen Thema der kommunalpolitischen Landestagung, der Bedeutung der Gemeindewahlen, sprach dann Stadtrat Kühn in längeren, und wie man anerkennen muß, sachlichen Ausführungen. Er als Praktiker in der Gemeindegewalt und Gemeindepolitik hob die große Bedeutung der Gemeindewahlen gerade in der heutigen Zeit hervor. Die engeren Beziehungen zwischen Gemeindepolitik einerseits und Landes- und Reichspolitik andererseits mit den Kernproblemen des Finanzausgleichs, Wohnungsbaues, der Wohnungsverhältnisse und der Wohlfahrtspflege. Er wandte sich auch mit Nachdruck und mit Recht gegen die unfruchtbare Tätigkeit der Splitterparteien auf unseren Rathhäusern. „Es ist den Gemeinden viel besser gedient, wenn autorisiertere, große Parteien mit einem abgelegenen und wohlbedachten Programm mit geschulten Leuten und damit einem geordneten Fraktionsbetrieb sich der kommunalpolitischen Arbeit widmen.“ Untere in der Gemeindepolitik praktisch tätigen Parteigenossen können diesem Satz Wort für Wort zustimmen. Herr Kühn wird auch trotz seiner politischen Gelehrtheit sicherlich nicht bestreiten, daß die Sozialdemokratie zu jenen Parteien zu rechnen ist, bei denen die im erwähnten Satz verlangten Voraussetzungen zutreffen. Er hat auch am Sonntag mit seinem Wort an der Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden Ausstellungen zu machen gehabt. Er weiß nur zu genau, wach großes Maß an Arbeit seitens der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher in den letzten Jahrzehnten gerade bei uns in Baden geleistet wurde. Der Zentrumsredner hatte nur das Gefühl, die Sozialdemokratie werde wieder, wie bei den letzten Wahlen, einen scharfen Kampf gegen das Zentrum führen. Gewiß, Herr Kühn, einen grundsätzlichen, aber anständigen Kampf, denn wir wollen in der Gemeinde etwas anderes und mehr als das Zentrum und darum kämpfen wir, ausgerüstet mit einem guten und erprobten Programm, das Sie ja von den Parteien in dem von Ihnen gerügten und erwähnten Satz verlangen. Eines hier an den ausgedehnten Ausführungen des Herrn Stadtrats Kühn vom letzten Sonntag besonders auf, daß er nicht von seinem Standpunkt aus auf den weitverbreiteten Gerüchten, insbesondere größerer Stadtgemeinden, die einzelnen Programmpunkte des Zentrums, wenigstens die jetzt aktuellsten, herausstellte, so wie das bei der sozialdemokratischen Partei gelegentlich einer kommunalpolitischen Tagung immer zu geschehen pflegt. Vermutlich ist das beim konfessionellen Zentrum, mit seinen verschiedenen wirtschaftlichen Schichten, nicht so einfach. Man beschränkt sich da bei solchen Referaten, vorwiegend lieber auf allgemein abstrakte Richtlinien.

Der neue Ministerialdirektor im Innenministerium, Herr Dr. Weikel, sprach über unsere Gemeindegewalt, wobei interessiert, daß er zwar dem Einführungsverbot gewisse Vorteile einräumte, aber schließlich für Beibehaltung unseres Bürgerausschusses eintrat.

Die Tagung fand mit der Annahme einer Entschließung und mit der Erklärung, daß das Zentrum bei der Gemeindegewalt selbständig vorgehen, also gemeinsame Listen ablehnen solle, Reichstags- und Gemeindegewahlen getrennt vorgehen werden und in den Gemeinden bis 2000 Einwohnern freie (ungebundene) Listen eingeführt werden sollen, ihren Abschluß.

Bewegung der Weltmarktpreise in der ersten Hälfte des Jahres 1930

Der Rohstoffpreisanstieg auf den Weltmärkten hat auch in der ersten Hälfte des Jahres 1930 angehalten. Bei verschiedenen Rohstoffen, z. B. bei Textilien, ist die Preisabflachung erst im letzten halben Jahr ausgeprägter in Erscheinung getreten. Eine Reihe von Preisen für wichtige Rohstoffe liegt erheblich unter Friedensstand. Das gilt ins-



besondere für die Metallmärkte, wo die Verluste, die Preise durch Produktionsdrängung zu treiben, auf der ganzen Linie gescheitert sind. Auch die Bemühungen, die Getreide- und Textilrohstoffpreise durch staatliche Eingriffe nach oben zu drücken, sind bis jetzt ohne Erfolg geblieben. Das beweist wohl am besten, daß wir es mit einer Annäherung der Weltmarktpreise an den Friedensstand und nicht nur mit einem bloßen konjunkturellen Rückschlag zu tun haben. Der Sturz der Rohstoffpreise hat sich auf die Fertigwarenpreise nicht hinreichend ausgewirkt. Daraus geht hervor, daß eine Senkung der Einzelhandelspreise ohne Lohnkürzung durchaus möglich ist.

Partei-Nachrichten

Um die Arbeiterjugend!
Die lochen erschienenen Nr. 29 der Zeitschrift „Das Freie Wort“ enthält die Jugendbeilage ab. In ganz ausführlichen Darlegungen führt Gen. Ossenbauer den Nachweis, daß die Arbeiterjugend Erziehungs- und Bildungsarbeit treiben muß, daß sie nicht in dem vom Genossen keine vorgeschlagenen Sinne Struktur der Partei sein kann. Zahlreiche Zuschriften von Mitangehörigen schildern die besondere Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiterjugendorganisation in ihrer Werbung und in der gesamten Arbeit überhaupt zu rechnen hat. — Eine Reihe jüngerer Parteigenossen machen sehr gute Vorschläge für die Bildung von Arbeitsgruppen innerhalb der Partei, die dem Bedürfnis der jüngerer Parteigenossen nach aktiver Betätigung Rechnung tragen sollen und in hartem Maße werbend gerade auf jüngere Menschen wirken können.

Gen. Graumann-Harburg nimmt in einem Artikel „Preisabbau vermehrt Arbeitslosigkeit“ zu dem in letzter Zeit viel erörterten Problem des Preisabbaues Stellung und kommt zu sehr interessanten Feststellungen.

Das Freie Wort erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pfennige. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pf. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare werden gratis und portofrei der Freie Wort-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 2.

Scheuern und Ruhen
nimmt täglich viel Zeit in Anspruch. Die Frau Hausfrau wird sich deshalb nach einem Helfer umsehen, der ihr diese Arbeit nach Möglichkeit erleichtert und verkürzt. Es ist seit vielen Jahren eine solche Arbeitshilfe für alle Putz- und Scheuerarbeiten. Als im Paket wird für ganz großes Scheuern angenommen z. B. für Herd, Ofen, Röhren, Badstube usw. Als in der Streulose ist für alle gewöhnlichen Putz- und Reinigungsarbeiten an Haus- und Abengeräten bestimmt, auch zum Reinigen hart beschmierter Hände leistet es hervorragende Dienste. Streulose und Paket sind schnell und gründlich in der Arbeit und billig und sparlos im Gebrauch.

Aus aller Welt

Eisenbahnunfall

Stuttgart, 22. Juli. (Via Meduna.) Heute Dienstag, mittags 12 Uhr, ist der Eilzug Ulm-Freiburg bei der Einfahrt in den Bahnhof Scher bei Sigmaringen infolge falscher Weichenstellung auf eine Gruppe beladener Güterwagen aufgeschlagen. Dabei sind 10 Reisende leicht verletzt worden. Drei beladene Güterwagen wurden stark beschädigt. Die Lokomotive ist infolge des Aufstoßes entgleist. Den Verletzten wurden durch zwei Bahnärzte Noterbstände angesetzt. Dann konnten die Reisenden die Fahrt mit dem gleichen Zuge mit einer halbtägigen Verspätung fortsetzen.

Mord am eigenen Sohn

Stuttgart, 22. Juli. (Via Meduna.) In Raasdorf bei Heilbronn a. N. hat der 73jährige frühere Gemeindevorsteher Arnold seinen 14jährigen verkrüppelten Sohn nach vorübergegangenem Witzwechsel durch Messerstiche in Brust und Rücken getötet. Der Vater hatte nach der Tat die Selbstmord zu verüben, wurde aber vom Landjäger am Ufer des Neckarflusses festgenommen.

Der heilföndige Schusterjunge

Im dem ungarischen Städtchen Saksza war vor einigen Wochen ein junger Mann bei einem Schuhmachermeister als Geselle eingetretten. Obwohl seine sachliche Leistung manches zu wünschen übrig ließ, bewogen das freundliche Wesen und die Intelligenz des

neuen Gesellen den Meister, ihn bei sich zu behalten. Eines Tages erkrankte die kleine Tochter des Meisters an heftigem Fieber, zu dem sich bald Kopfweh, Schwindel und eine rasch fortschreitende Entzündung der Luftröhre gesellten. Der Geselle erbot sich, das Kind zu heilen, und erhielt auch die Zustimmung des Meisters zu der Behandlung, weil ein Arzt nicht schnell genug zu erreichen war. Acht Tage später war das Kind gesund. Das Gerücht von dem „Wunderdoktor“ in der Schusterwerkstatt verbreitete sich rasch, und die Leute strömten zu Hunderten zum heilföndigen Schusterjungen. Schließlich schritt die Behörde ein, und siehe da: der Schusterjunge legitimierte sich als Arzt. Er erklärte, diesen seltsamen Weg zur Erlangung einer Praxis eingeschlagen zu haben, weil die Leute zu einem jungen armen Arzt, der nicht einmal die Ordinationsnummer habe, kein Vertrauen hätten; für einen Schuster jedoch, der Wunder tue, bestes immer ein reges Interesse. Der Mann scheint seine Mitmenschen richtig eingeschätzt zu haben.

Ein Wahnfinninger

Paris, 22. Juli. Einem Amokläufer gleich durchdrachte am Montag ein mit zwei Revolvern bemanneter Arbeiter die Straßen der Stadt Etienne. Er schoß zuerst einen friedlichen Kaufmann nieder, der ohnmächtig vor die Türe seines Ladens getreten war, verließte weiter 4 Passanten, die sich nicht schnell genug in Sicherheit gebracht hatten, und tötete schließlich durch einen Herzschuß einen Eisenbahner, der gerade sein Haus verließ, um seinen Dienst anzutreten. Als die Polizei den augenscheinlich vom Wahnsinn befallenen Mörder verhaften wollte, schoß er sich eine Kugel in den Kopf und verlor sich lebensgefährlich.

**In freiem Wettbewerb
werben wir durch
Qualität
Kolibri**



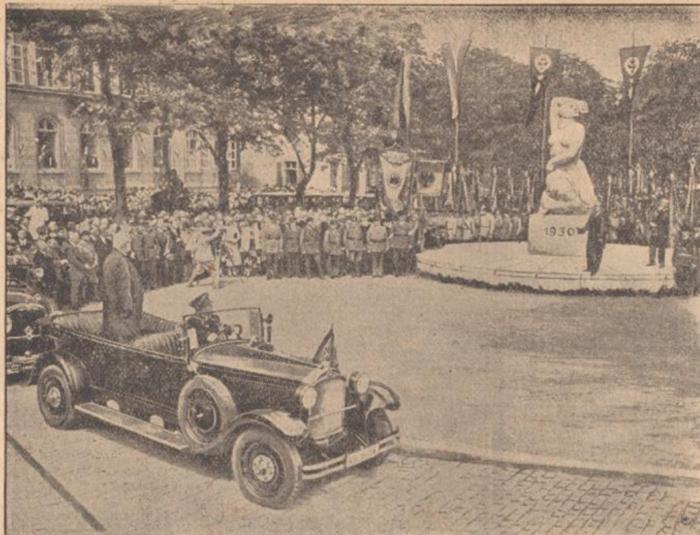
Das Schauspieljahr 1929/30 am Bad. Landestheater

Nachdem das Theaterbüro an dieser Stelle bereits einen zahlenmäßigen Rückblick auf die verfloßene Saison und die darin geleistete Arbeit gegeben hat, bleibt nun noch eine künstlerische Rückschau übrig. Nach unserer Rechnung hat das Schauspiel im verfloßenen Spieljahr 31 Stücke eingebracht, das sind 2 weniger als im Vorjahre und 5 weniger als im Jahre 1928/27. Man könnte das als einen Rückgang im Arbeitseifer des Theaters deuten, doch möchten wir diesen naheliegenden Schluss diesmal nicht ziehen. Wir hatten nicht den Eindruck, daß Stücke über Gebühr lange auf dem Spielplan gehalten wurden, wenn das Interesse schon abgeflaut war. Es gab einige Werke, die es zu einer recht hohen Zahl von Wiederholungen brachten, dadurch entfiel die Notwendigkeit zu einem rascheren Programmwechsel. Wir buchten das hauptsächlich als einen künstlerischen Erfolg unseres Theaters.

Ungenehm fällt die Zahl auf, mit der die Klassiker und Nachklassiker, auch fremdländische Klassiker diesmal vertreten waren (9 Stücke). Darin spricht sich ein Stillsitzen des Publikums aus über die anfängliche Spielplanpolitik des Herrn Intendanten, der in seinen ersten Dienstjahren die Klassiker glaubte vernachlässigen zu dürfen und sie sogar einmal in seinem Spielplanentwurf gänzlich ausschließen wollte. Inzwischen hat man sich anscheinend durch gewichtigere Instanzen als die Kritik überzeugen lassen, daß den Werken von Shakespeare, Schiller, Goethe, Heibel, Kleist auch heute noch einige künstlerische und ethische Werte anhaften. Wenn wir die Veränderung in der literarischen Marschroute des Theaters begrüßen, so möchten wir doch nicht unterlassen, dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, daß von den Klassikern der deutschen und der Weltliteratur nicht immer nur die gangbarsten und bekanntesten Stücke, sondern auch ab und zu eines der selteneren gehört zur Aufführung gelangen. Für das nächste Jahr z. B. kandidiert Herr Dr. Waag von Shakespeare nichts als die „Komödie der Irrungen“. Gibt es in dem weltumspannenden Lebenswerk dieses großen Dramatikers wirklich nichts Wertvolleres, als die Unterhaltungsformel, die wir zudem vor wenig Jahren hier schon hatten? Kann man sich überhaupt einen Spielplan eines öffentlich subventionierten Kulturtheaters denken, der an diesem Reigen Shakespeares vorbeigeht? Mannheim bereitet zur Zeit zwei Stücke von Shakespeare für den Winter vor.

Stellen wir wiederum, wie im Vorjahre, die Frage: Wieviel „gute“, d. h. künstlerisch und inhaltlich wertvolle Stücke das Theater uns gegeben hat, so kommen wir bei wohlwollender Schätzung auf die Zahl 18 bis 20 (gegen 15 im Vorjahre). Das wäre der kulturelle Bilanz. Sie hat sich also gegen 28/29 verbessert. Und es darf hinzugefügt werden, daß wir die übrigen Stücke deswegen nicht alle als ganze Verjäger bezeichnen möchten. Wir können sie nur nicht zu den „guten“, abgelesen, gebaltvollen rechnen.

Was hat nun das Landestheater speziell uns Proletariern in diesem Jahr gebracht? Im vorigen Juli mußten wir feststellen, daß kein einziges aus proletarischer Weltanschauung geborenes Stück das Licht der Kampfen erhellte, und daß nur etwa 6 Stücke gelieft wurden, die sich unserer Auenwelt mehr oder weniger näherten. Dieses Jahr hat auch hierin einen erfreulichen Fortschritt gebracht. Wir bekamen 4 Werke von nichtbürgerlichen Autoren zu sehen und dazu noch weitere 10, die unserer Denkweise wenigstens teilweise nahekommen. Das macht 14 gegen 6 im Vorjahre. Man könnte von einem Fortschritt im Spielplan sprechen. In dieser Stelle gebührt dem Herrn Oberbürgermeister ein Wort der Anerkennung dafür, daß er im Bürgerausschuß von der proletarischen Ablehnung sogenannter Tenbrennstoffe abrückte und auf die Notwendigkeit hinwies, das moderne Zeitalter mit den Zeitproblemen zu beachten, wenn anders das Theater lebendig und zeitverbunden bleiben sollte. Die Arbeiterkassen, die an der finanziellen Unterhaltung des Theaters ebenfalls beteiligt ist, kann mit dem Repertoire der hinter uns liegenden Spielzeit zufrieden sein. Wir wissen, daß wir ein rein sozialistisches oder politisches Theater robust als stantibus nicht verlangen können. Das Geld der bürgerlichen Theaterfreunde ist eben so rund wie unseres, und die Leute verlangen eine andere geistige Kost. Wir anerkennen aber, daß der Bühnenleiter dieses Jahr im Rahmen des Möglichen unserer Ideologie entgegenkam und seine früheren Wege verlassen hat. Der Herr stärke seine Vorzüge!



Enttüllung des Befreiungsdenkmals in Mainz

Den Höhepunkt in der Reihe der Enttüllungen des Befreiungsdenkmals in Mainz. Es erhebt sich vor dem ehemaligen Gouvernment. Hier war die französische Triflore vom Wall gestunken, und hier wurde das erste Denkmal der Befreiung enttüllt. An jener Stelle stand ursprünglich ein Schillerdenkmal, das man etwa hundert Meter weitergerückt hat. Das Denkmal selbst stellt eine Frauengestalt dar, die aus dem Traum erwacht. Schöpfer ist der Frankfurter Bildhauer Benno Elster. Der Reichspräsident wohnte, wie auf unserem Bilde zu sehen ist, bei der Feier im Auto stehend bei.

Die Pariser Kriegsteilnehmer-Tagung

Paris, 19. Juli 1930.

Schon im Jahre 1921, drei Jahre nach Kriegsende, hatten einige französische und deutsche Kriegsteilnehmer an die Schaffung einer Internationalen der früheren Frontkämpfer gedacht. Damals trafen Tizier, Mitglied der sozialistischen Partei Frankreichs, der heute Sekretär beim Genfer Internationalen Arbeitsamt ist, und der heutige französische Völkerverbandsdelegierte und Kammerabgeordnete René Cassin mit früheren deutschen Kriegsteilnehmern in Genf zu den ersten Vorbereitungen zusammen. Im Jahre 1925 wurde dann schließlich jener Verband gegründet, den man fürs „Cimac“ („Confédération internationale des associations de mutilés de guerre et anciens combattants“), die „Internationale Arbeitgemeinschaft der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer“.

Während sich verschiedene französische Kriegsteilnehmer der rechtsgerichteten „Fidac“ angeschlossen (Fédération internationale d'anciens combattants), einer Organisation, die nur Angehörige Frankreichs und seiner Verbündeten als Mitglieder aufnimmt, traten neun französische Kriegsteilnehmerorganisationen der bewußt sozialistisch eingestellten „Cimac“ bei. Die größte von ihnen sind die „Union fédérale (der Einheitsverband der Kriegserkrankten, -verwundeten und -ermundeten sowie der Kriegswitwen und -waisen) und die „Fédération nationale“ (Nationalverein republikanischer Kriegsteilnehmer). Diese ältere Fühlerin des Rechtsanwalts André Bouvier und des Quotidien-Redakteurs Fontens 300 000 Mitglieder und ist stark linkspolitisch eingestellt (ihre Ehrenvorsitzenden sind Paul Boncour, Arrière Briand und Edouard Berriot, also Hauptmitglieder der wichtigsten Linksparteien), während die auch sozialistisch, aber sonst mehr technisch arbeitende „Union fédérale, die sich vor allem um die materiellen Ansprüche der Kriegsbefähigten kümmert, unter Leitung des Lehrers Pichot 500 000 Mitglieder

aufweist. Ihr Ehrenvorsitzender ist René Cassin. Sie hat 768 Ortsgruppen.

Jetzt findet vom 24. bis 27. Juli ein neuer Kongreß der Cimac in Paris statt. Als Vertreter des Reichsbanners wird dort kommen, ferner werden einige Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen sowie fünf vom „Reichsverband“ erwartet. Am Abend des 26. Juli soll eine große Friedensmanifestation in der Pariser Sorbonne stattfinden. Dies wird die erste Versammlung früherer Kriegsteilnehmer sein, bei der sich auch Kinder befinden werden. Madame Cassin, eine der Leiterinnen der „Union fédérale“, wird zu dieser deutsch-französischen Verständigungsmanifestation etwa 50 französische und deutsche Kriegserkrankten führen, damit diese vor allem den Krieg zu verachtern lernen. Zwei Tage später begeben sich die Delegierten (Franzosen, Deutsche, Oesterreicher, Polen, Tschechen, Bulgaren, Rumänen, Jugoslawen und Dänen — das sind die Dänen aus dem früher deutschen Schleswig, deren Kriegsteilnehmer pensionen von der dänischen Regierung bezahlt werden —) auf den Seufzerfriedhof bei dem einst durch die deutsche Artillerie zerstörten Soldatenfriedhof. Hier sind 6000 deutsche und 5000 französische Kriegserkrankten in einem großen Massengrab. Auch hier wird noch einmal von einem Franzosen und von einem Deutschen eine ganz kurze Rede gehalten werden. Es ist geplant, auch an diese Gräber deutsche und französische Kinder kommen zu lassen.

Der diesjährige Kongreß der Cimac soll auch darüber Bescheid wissen, ob es möglich sein kann, die eigentlich schon für dieses Jahr geplante Reichsbannerfahrt an die frühere Schlachtfeld zum Ehrenmin des Dames in einem der nächsten Jahre stattfinden zu lassen.

Die Carl-Fritz-Schuhfabrik, Altien-Gesellschaft errichtet in Karlsruhe, Kaiserstraße 52 eine Verkaufsstelle in Damen- und Herrenschuhe, mit Einheits-Gruppenpreise in dem früheren Bad. Schuhhaus, das lange Jahre den Allein-Verkauf der „Fritz-Schuh“-Markte hatte.

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN		
Eis- und Mineralwasserfabrik Bier-Großhandlung KETTERER-BIER Lieferung an Jedermann Schnellste und reelle Bedienung Merz G. m. b. H. Hirschstr. 30 Fernruf 7629	Rheinkies für jeden Verwendungszweck liefert Karl Mall G. m. b. H., Karlsru.-Daxlanden	Telephon 2192 Friedrichsdorfer Gesundheitszwieback aus der Fabrik Friedrich Lepp Weingarten in Baden Bahnhofstraße 5 / Telephon 21
Badische Bank Hinterlegungsstelle für Wertpapiere Mannheim Karlsruhe	Arbeiter, Angestellte u. Beamte! Die eigenen Betriebe der Genossenschaften und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine befreien uns von den Preisdiktaten der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß jeder Werk-tätige einer Konsumgenossenschaft beitreten und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke GEG wählen. Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H. Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H. Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H. Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. b. H.	Jacob A. Groß, Bruchsal das neueste große Haus seit 1829 für Damen-Kleiderstoffe Herrenstoffe, Aussteuerwaren Damen- u. Kinder-Konfektion Stets neu ergänzte große Auswahl, bekannt gute Qualitäten, billige Preise
Bankhaus Veit L. Homburger Karlsruhe i. B. Karlstraße 11	Dierr & Göckler / Installations-Geschäft Blechnerei Gas-, Wasser- und sanitäre Anlagen Bäder / Klosetts / Bau-Blechnerei Glümerstraße 10 Fernsprecher 2811	Bankhaus STRAUS & CO. KARLSRUHE I. B. Fernsprech-Anschlüsse Stadtverkehr Fernverkehr Devisenabteilung Nr. 4430 bis 4435 Nr. 4901 bis 4903 Nr. 4439
Dampfwaschanstalt Karl Pfützer Karlsruhe-Rüppurr, Lützowstraße 14 Telephon 6723 liefert Wäsche jeder Art, feucht, trocken, schrankfertig Pfundwäsche Tadellose prompte Bedienung	Drogerie Wilhelm Tscherning Ecke Amalien- und Karlstraße Fernsprecher 619 Mitglied der Rabattspargruppe	

Saison Ausverkauf.

Gewaltige Preisherabsetzungen für unsere bekannt guten Qualitäten!

Kleider, Mäntel, Complots, Kostüme, Blusen Morgenröcke, Kinder-Kleider und -Mäntel

Jetzt billig sein noch nie!

Wir erwarten Sie!

Sandauer

Das größte Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion

Städt. Konzerthaus
Sommer-Operette
Mittwoch abend 8 Uhr
Das Land
des Lächelns

Möbel

ieslicher Art kaufen Sie in form schöner Ausföhrung sehr preiswert bei

J. Kirmann
Herrenstr. 40

Junge, berö. Mann sucht Beschäftigung, gleich welcher Art, Ettlingen, Mühlstr. 33, 2. St. 12803

Mett. Frau sucht Arbeit im Nähen u. einfachen Kleidermachen. 7000 Blumenstr. 26, 2. St.

Kindermehl

mit Gemüse enthalten sagt der Arzt! Verlangen Sie Roth's Gemüsewiebackmehl in den Apotheken und Drogerien.



Voller Vertrauen

auf äußerst verbilligte Preise kommen Sie zu uns!

Bestens bedient verlassen Sie uns! Unser Saison-Ausverkauf ist in vollem Gange, nutzen Sie jeden Tag

Nicht warten - Jetzt kaufen!

Alle müssen es wissen, daß wir unsere Kräfte auf das Ausserste anspannen und die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit erreicht ist.

Was Sie gewinnen durch die gewaltigen Preissenkungen verlieren wir, denn auch wir können nicht warten, wir müssen räumen!

KNOPE

Hente und morgen um 4, 7 und 9 Uhr
endgültig letzte Vorstellungen
The Singing Fool
Der Welt schönster Tonfilm mit
Al Jolson u. **Sonny Boy**
Preise der Plätze: 80, 1.-, 1.20, 1.50
Schaubürg
Merianstraße 16 Tel. 6294

Roh-Gummi Sohlen
(Crèpe)-Sohlen für die Ferien!
Ihre angenehme
Elastizität erhöht den Genuß Ihrer **Wanderungen**
Können auch auf altes Schuhzeug aufgemacht werden.

Unstreitig die best. blauen Arb.-Anzüge zu Mk. 10.00, 11.50 u. 12.50. Wind- und Sommerjoppen von Mark 6.50 an. Herrenhosen jeder Art von Mk. 7.00 an. **beim Friedrich, Zirkel 25a**, Ecke Ritterstraße, Mitgl. der S.P.D.

JOHANN VOGEL
Elektrotechn. Installationsgeschäft
Werderstraße 1 Telefon 4252
Ausführung von elektrischen Licht-, Kraft- und Schwachstromanlagen
Beleuchtungskörper Motore, Telefon, Türöffner usw.

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Verstorbenen sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.
Karlsruhe, den 23. Juli 1930
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Frau Math. Bardusch Wwe.
geb. Himpel.

Zu vermieten: Möbliertes Mansardenzimmer sofort zu vermieten. Kriegsstr. 161 III, b. Hanfelmann
Möbl. Zimmer, fehr. Eingang, electr. Licht, auf 1. August zu verm. Kriegsstr. 100, 3. St.
Schön möbliertes Mansardenzimmer an solid. Herrn od. Frä. a. l. Aug. zu verm. 5007 Südenstr. 10, 1. r.

Dieses kleine Angebot
ist eine große Leistung. Der niedrige Preis steht in keinem Verhältnis zum wahren Wert der Ware.
Während des Saison-Ausverkaufs:
Damen Schürter 90
Konstanz, Gr. 42-48, fehr. lehrtes, schöne Farben...
Prinzedrock 1.90
seidel. Wohl mit be. Verlose-Spitze, dieg. Pastell.
SCHMOLLER

LIES MEHR BÜCHER
aus der VOLKSFREUND BUCHHANDLUNG

Große Auswahl formschöner **MÖBEL**
der neuesten Stil- und Holzarten in Qualität, am besten u. billigsten bei
Heinrich Karrer
19 Philippstr. 19
Kein Laden
Eig. Schreinerei u. Polsterwerkstätte
Ratenkaufabkommen Teilzahlung / Franko Wohnung allerorts

Wanzen-Tod
vollständig geruchlos tödtet sofort. Garantie. Ingez.-Bren.-Anstalt
F. Höllstern
Herrenstr. 5, Tel. 5791

Kinderwagen
gut erh. 1.5 Mk. abzugeben
Zuifenstr. 68, 2. St. l.
Kinderwagen, gut erhalten, zu kaufen gesucht, Angeb. unt. 2806 an d. Volksfreundbüro.

In allen Spalten
bringt unser Blatt nur die besten journalistischen Beiträge aus den Federn erster Autoren und anerkannter Sachleute. Unser Blatt will ein getreuer Spiegel sämtlicher Wirtschaft- und Kulturerscheinungen des modernen Lebens sein; es ist unser stetes Bestreben, nur das Beste zu bieten. — Auch Ihre Freunde und Bekannten würden sich sicherlich für unser Blatt interessieren; erweisen Sie uns bitte die Gefälligkeit und teilen Sie uns deren Adresse mit. Jeder neue Leser dient dem weiteren Ausbau unserer Zeitung, des Volksfreund

Taschen-Uhren
von 5 Mk. an, Armb.
Uhren von 7.50 an
Garantie
Fränkle Goldschmid (Passau)

Preisab-schlag
Tomaten 55
schöne gr. Frucht 3 Pfund
Holländische Schlangengurken 22
extr. gr. Stück
Kartoffeln 20
neue 3 Pfund
Die ersten neuen holländ. Früh-Kerlinge 35
Stück
auf alle
Pfankuch 5% Rabatt